

öffentlich

Bearbeiter: Frau Susann Ober
 Einreicher: Sachgebiet Recht und
 Ordnung

Beteiligte SG:

Datum	Drucksachen Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
17.01.2013	009/2013

Beratungsfolge	Termin	Beratungsergebnis				
		TOP	Für	Geg	Enth	
Hauptausschuss nicht öffentlich	19.02.2013					zurückgezogen
Hauptausschuss nicht öffentlich	12.03.2013		9	0	0	Ergänzung im Beschlussvor- schlag
Stadtrat öffentlich	20.03.2013					

Betreff:

Verordnung der Stadt Markkleeberg über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen ("verkaufsoffene Sonntage") im Jahr 2013

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt gemäß § 8 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Sächsisches Ladenöffnungsgesetz – SächsLadÖffG) vom 01.12.2010 (SächsGVBl. Nr. 14 S. 338-340 vom 20.12.2010 rechtsbereinigt mit Stand vom 01.03.2012) die Verordnung der Stadt Markkleeberg über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen („verkaufsoffene Sonntage“) im Jahr 2013.

Die Stadtverwaltung wird gleichzeitig beauftragt, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten weitere ein bis zwei Termine für einen verkaufsoffenen Sonntag im Jahr 2013 vorzuschlagen.

Sachdarstellung:

Gemäß § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG werden die Gemeinden ermächtigt, abweichend von § 3 Abs. 2 SächsLadÖffG, die Öffnung von Verkaufsstellen im Gemeindegebiet aus besonderem Anlass an jährlich bis zu 4 Sonntagen zwischen 12 und 18 Uhr durch Rechtsverordnung zu gestatten. Einem verkaufsoffenen Sonntag nach Satz 1 kann maximal ein weiterer verkaufsoffener Sonntag unmittelbar folgen. Werden zwei aufeinanderfolgende Sonntage für die Öffnung von Verkaufsstellen freigegeben, ist die Öffnung von Verkaufsstellen an diesen Sonntagen vorangehenden und nachfolgenden zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen unzulässig.

Die Freigabe kann auf bestimmte Ortsteile und Handelszweige beschränkt werden. Wird die Öffnung von Verkaufsstellen derart beschränkt, ist diese Möglichkeit der Sonntagsöffnung für das gesamte Gemeindegebiet verbraucht.

Die vier möglichen Termine für die Öffnung der Verkaufsstellen werden einheitlich für das gesamte Gebiet der Stadt Markkleeberg festgelegt. Eine Beschränkung auf bestimmte Ortsteile und Handelszweige erfolgt nicht.

Die Auswahl der Termine für die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2013 erfolgte unter Abstimmung der Markkleeberger Gewerbetreibenden. Vierundzwanzig größere in Markkleeberg ansässige Gewerbebetriebe und der Vorsitzende der Händlerinitiative Rathausstraße e. V. wurden durch das Gewerbeamt der Stadt Markkleeberg angeschrieben, mit der Bitte um Nennung von maximal vier Terminvorschlägen für die Öffnung der Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2013.

Weiterhin erfolgten Veröffentlichungen in den Markkleeberger Stadtnachrichten, in der Ausgabe der Leipziger Volkszeitung vom 02. November 2012 im Lokalteil sowie auf unserer Internetseite „www.markkleeberg.de“, mit welchen alle Markkleeberger Gewerbetreibende zur Einbringung von Terminvorschlägen aufgefordert wurden.

Nach Auswertung der eingesandten Terminvorschläge wurden folgende zwei Termine ausgewählt:

05.05.2013 (anlässlich des 22. Markkleeberger Stadtfestes)

08.12.2013 (anlässlich des Weihnachtsmarktes in der Rathausstraße)

Lediglich sechs der insgesamt vierundzwanzig angeschriebenen Gewerbebetriebe antworteten auf die Umfrage, von denen fünf überhaupt Terminvorschläge einbrachten. Aufgrund des oft fehlenden besonderen Anlasses für die Sonntagsöffnung, wurden nur zwei Termine festgelegt.

Auch über die Wirtschaftsförderung der Stadt Markkleeberg gingen keine weiteren Terminvorschläge ein.

Im Anhörungsverfahren wurden die Stellungnahmen von betroffenen Behörden und Institutionen eingeholt. Hierbei gab es keine Einwände gegen eine Sonntagsöffnung an den zwei vorgeschlagenen Terminen.

In der Gesetzesbegründung zum § 8 der Neufassung des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes heißt es wie folgt:

„Das BVerG statuiert eine Schutzpflicht des Gesetzgebers, die aus Art. 140 Grundgesetz und Art. 139 Weimarer Reichsverfassung folgenden Mindestanforderungen an den Sonn- und Feiertagsschutz zu gewährleisten. Bei der Erfüllung dieses Schutzauftrages steht dem Gesetzgeber ein Einschätzungs-, Wertungs- und Gestaltungsspielraum zu. Dabei ist einerseits das sog. Regel-Ausnahme-Verhältnis zu beachten, d.h. die werktägliche Geschäftigkeit hat grundsätzlich an Sonn- und Feiertagen zu ruhen, jedoch sind Ausnahmen auch im Hinblick auf die Handlungsfreiheit potentieller Kunden sowie der Berufsausübungsfreiheit der Verkaufsstelleninhaber aus besonderem Grund möglich.“

Andererseits steht es dem Gesetzgeber zu, eine geänderte soziale Wirklichkeit, insbesondere auch Änderungen im Freizeitverhalten, in seine Bewertung einfließen zu lassen sowie auch andere Belange als den Schutz der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung zur Geltung zu bringen.

Durch die Regelung in Absatz 1 werden die Gemeinden ermächtigt, abweichend von den allgemeinen Ladenschlusszeiten die Öffnung von Verkaufsstellen an bis zu vier Sonntagen im Kalenderjahr zu gestatten. Auch um einen Willensbildungsprozess in der Gemeinde zu erreichen und eine von dem Willen der Gemeindevertretung getragene Entscheidung herbeizuführen, verbleibt es bei dem auch nach bisherigem Recht geltenden Verfahren, dass diese Gestattung im Rahmen einer Rechtsverordnung erfolgen muss.

Schon die Tatsache, dass die Anzahl dieser möglichen verkaufsoffenen Sonntage auf vier bzw. fünf (bei besonderen regionalen Ereignissen) im Kalenderjahr beschränkt ist, zeigt, dass ein verkaufsoffener Sonntag die Ausnahme bildet. Insoweit wird dem Gedanken, dass die Sonntagsruhe die Regel und eine möglicherweise auf das gesamte Gemeindegebiet bezogene sonntägliche Öffnung der Verkaufsstellen die Ausnahme darstellt, Rechnung getragen.

Eine weitere Einschränkung erfährt die Regelungsmöglichkeit der Gemeinde auch durch die im Gesetz ausdrücklich genannte zeitliche Vorgabe: An einem verkaufsoffenen Sonntag ist die Öffnungsmöglichkeit nur für die Zeit zwischen 12 und 18 Uhr (also für diese sechs Stunden) gestattet. Auch hier finden somit die Zeiten der Hauptgottesdienste bereits Berücksichtigung.

Die in diesem Rahmen mögliche Sonntagsöffnung darf die Gemeinde nur bei Vorliegen eines besonderen Grundes zulassen, welcher die ausnahmsweise Öffnung rechtfertigt, sodass sich die Beachtung des Regel-Ausnahme-Prinzips auch in der Entscheidung widerspiegelt. In dem Rechtsetzungsverfahren hat die Gemeinde zu prüfen, abzuwägen und zu entscheiden, ob die Öffnung an dem jeweils geplanten Sonntag ein besonderer Grund gegeben ist. Ein besonderer Grund liegt beispielsweise dann vor, wenn ein Anlass die Ladenöffnung rechtfertigen kann. Dies ist der Fall, wenn die Veranstaltung eines besonderen Ereignisses (z.B. Stadtfest) oder eines jahreszeitlichen Festes (z.B. Frühlings- oder Herbstfestes) geplant ist. Die Gemeinde hat hierbei die Möglichkeit und die Pflicht, die örtlichen Belange und Interessenlagen der Händler und Verbraucher abzuwägen und in Einklang zu bringen.“

Mit Festsetzung des 05.05.2013 und 08.12.2013 wird nicht nur den Belangen der Händler sondern auch denen der Verbraucher Rechnung getragen. Durch den Besuch des Stadtfestes bzw. Weihnachtsmarktes wird es dem Kunden ermöglicht parallel die ortsansässigen Verkaufsstellen zu besuchen. Ein besonderer Anlass ist in beiden Fällen gegeben.

Dr. Klose
Oberbürgermeister

Anlagen:

Verordnung der Stadt Markkleeberg über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen („verkaufsoffene Sonntage“) im Jahr 2013